

Sehr geehrter Herr Hoss!

Vor längerer Zeit haften Sie mir eine interessante Ausarbeitung eines *Modells einer sozialistischen Marktwirtschaft* zugesandt. Bitte entschuldigen Sie mein verspätetes Reagieren, aber ich konnte aus verschiedenen Gründen erst kürzlich Ihre Studie durcharbeiten. Da ich leider keinen Internet-Anschluss besitze, antworte ich Ihnen brieflich. In Ihrem Begleitbrief begründen Sie Ihre Art der Darstellung, die ich unter dem Aspekt sehr gut verstehe, dass es sich wesentlich um einen Entwurf eines Produktions- und Gesellschaftsmodells für eine künftige Entwicklung handelt, wobei die ökonomische Begründung für Sie im Vordergrund steht.

Nun bin ich zwar keine ausgebildete Ökonomin, sondern Philosophiehistorikerin; insofern sind die weitläufigen Formeldarstellungen in Ihrer Schrift mir nicht völlig verständlich, allerdings, soweit analoge Formeln auch bei Marx zu finden sind. Da ich aber viele Jahre am Leipziger Institut für Philosophie Vorlesungen und Seminare zur Theorie-Entwicklung bei Karl Marx und insbesondere auch Spezialseminare zur dialektischen Methode in Marx' ökonomischen Schriften (vor allem „Kapital“ I und III und „Grundrisse der politischen Ökonomie“) gehalten habe, und da ich vor allem ja die sozialistische Entwicklung in der DDR und die sie begleitenden Diskussionen um die Gestaltung der Wirtschaft miterlebte, glaube ich schon, Ihren Gedankengängen einigermaßen folgen zu können.

Ich stimme mit Ihnen zunächst völlig damit überein, dass es keinen Grund gibt, der kapitalistischen Marktwirtschaft „eine Überlegenheit über alle solidarischen Systeme für alle Zeiten“ zuzuschreiben (S. 51) und auch darin, dass eine sozialistische Wirtschaftsform und Gesellschaft nur dann eine historische Chance hätten, wenn eine Vielfalt von Eigentumsformen (Konzerne in gesellschaftlicher Hand mit Genossenschaftscharakter, mittlere und kleine Betriebe, die durchaus auch zunächst noch privater Natur sein könnten) und ein übergreifendes Staatswesen (oder wie auch immer bezeichnet) in einer *demokratischen* Weise zusammenwirken. Sie schließen hiermit an die Erfahrungen an, welche die sozialistischen Gesellschaften des vorigen Jahrhunderts, besonders aber die DDR bieten, allerdings kritisch und korrigierend, indem Sie ganz zu Recht anknüpfend an Marx' Intention die Bedeutung der Demokratisierung betonen.

Ich sehe allerdings eine Reihe von Fragen, wo ich anderer Auffassung bin, auch Probleme, die durch Ihr Konzept nicht gelöst, nur pauschal angesprochen sind, die man sicher hier nicht schriftlich voll ausführen und diskutieren kann – man müsste denn ein ganzes Buch dazu schreiben. Ich will daher auch nur einige Probleme skizzieren, – vielleicht als Anregung zu weiteren Diskussionen: [2]

1.) Ist Ihr Modell in absehbaren Zeitläuften überhaupt realisierbar, oder ist es nicht vielmehr ein Diskussionsbeitrag für Generationen, deren Leben und Wirken weit in der Zukunft liegen, so dass wir heute die konkreten Handlungsbedingungen und deren theoretische Bearbeitung (Analyse und Antizipationen für zukunftsträchtiges Handeln) gar nicht ausreichend einschätzen können? Wird das Desaster einer zerstörerischen Wirkung globalen Kapitalismus eine neue historische Möglichkeit hervorbringen, – neue revolutionäre Subjekte, welche dem wirksam entgegenreten können, indem wieder ein gesellschaftliches Eigentum an den Mitteln der Produktion eingeführt werden kann? Nach dem verhängnisvollen Scheitern einer Gesellschaft, welche bisher einzigartig war (wenngleich notwendig nicht fehlerfrei!), da mit allen überlieferten bisherigen Gesellschaftsformen in der *Eigentumsfrage* gebrochen wurde, scheint mir das in sehr weiter Zukunft zu liegen. Mit der weitgehenden Überwindung des privatkapitalistischen Eigentums an den Mitteln der Produktion und somit der Beseitigung der Hebel der Macht der Besitzenden über die Massen des Volkes wird zweifellos der empfindlichste Nerv herrschender Klassen und Schichten berührt, und jeder solcher Umwälzungsversuch wird wiederum heute und in Zukunft allen Hass und alle Gegenmacht auf den Plan rufen (Einsatz von Kapital, Militär, Gesetzgebung, der Medien vermittelt ideologischer Verkehren der Geschichtsdarstellung und damit Demagogie etc.). Es müsste schon eine noch weitaus zwingendere Notwendigkeit für die Lösung der Frage „Sein oder Nichtsein“ der Menschheit entstehen, um eine „allgemeine Vernunft“ progressiven Zusammenwirkens hervorzurufen, als es die zwei verheerenden Weltkriege wie im vorigen Jahrhundert darstellten. Doch eigentlich sollte man Optimist bleiben und an die Kraft künftiger Generationen im globalen Maßstab glauben, – und deshalb sind auch solche Entwürfe wie der Ihre gewiss kein sinnloses Unterfangen.

Ich teile übrigens Ihre Meinung, dass Klassenkampf unverzichtbar sein wird, und dass es durchaus auch in der „modernen“ Zeit noch den Lohnarbeiter gibt, u. zw. nicht nur verstanden als den unmittelbar körperlich-arbeitenden Menschen. (S. 87 f.) Das hat auch Marx nicht so verstanden (siehe Ihr Zitat. S. 89 aus den Theorien über den Mehrwert), dessen Auffassung ja oft vulgarisiert wird, als habe er nur mit der Situation in der Phase der extensiven Ausbeutung zu tun gehabt. Heute befinden wir uns gerade im Zuge der Globalisierung des Kapitals nach wie vor in Formen der Ausbeutung oft in intensivster, aber auch in unentwickelten Ländern und z. T. auch in den entwickelten in extensiver Weise. Profitmaximierung ist immer das Grundprinzip, auch und oft vor allem durch „Entlassungsproduktivität“, die massive Zerstörung bzw. Lähmung der schöpferischen Kräfte vieler Menschen und die Naturzerstörung. (Siehe Marx über die notwendige Erzeugung einer industriellen Reservearmee durch die Gesetze der Akkumulation des Kapitals! Naturzerstörung hat schon der junge Friedrich Engels in seinen „Briefen aus den Wuppertal“ gebrandmarkt, auch die Zerstörung der physischen und psychischen Natur der Menschen.)

2.) Zu Ihrer Wertung Lenins: Lenins Position zu Beginn der revolutionären Umwälzungen, nämlich den „Staatskapitalismus“ als einen Fortschritt zu betrachten und nicht (wie bei Marx) von autonomen Genossenschaften und Kommunen auszugehen (S. 13 f.) war doch wohl nicht einfach ein Fehler angesichts der damaligen Situation des inneren Zusammenbruchs des zaristischen Riesens Reiches, der unentwickelten Wirtschaft, der durch den Krieg bedingten Hungersnöte und der [3] auferzwungenen Interventionskriege. Wie anders sollte denn zunächst vorgegangen werden? Für eine breite Demokratisierung der Produktion und Verteilung gab es damals keine wirkliche Möglichkeit, wohl aber für politische Selbstverwaltungen (Sowjets) in eingeschränkten Bereichen. Insofern sehe ich in dieser ersten Phase keinen Widerspruch zwischen einer (nach Ihrer Meinung falschen) ökonomischen Ausrichtung auf Staatskapitalismus, d. h. Zentralismus der Wirtschaft und Verteilung auf der Grundlage des Staatseigentums (= allgemeines Volkseigentum) an den Produktionsmitteln, und einer, wie Sie richtig bemerken, außerordentlich erfolgreichen politischen Strategie. Sie sagen selbst, dass das zentralstaatliche Eigentum auch große soziale Fortschritte mit sich brachte (S. 15). Dass Lenin nach den Interventionskriegen eine neue Stufe ökonomischer Strategie anstrebte, die Neue Ökonomische Politik, Elektrisierungsprogramm (notwendig in staatlicher Hand), Dekret über Grund und Boden etc., zeigt kluge Anpassung an eine neue Möglichkeit ökonomischer Politik, wie Sie ja selbst darstellen (S. 14 f.). – Marx' Betonung der autonomen Genossenschaften und Kommunen während der Pariser Kommune kann man dieser ganz anderen Handlungsmöglichkeit unmittelbar nach der Oktoberrevolution nicht als besseres Konzept für eine Wirtschaftsgestaltung entgegenstellen. Die wirtschaftliche Gestaltung während der Pariser Kommune entsprach einer völlig anderen historischen Situation und entsprang eigentlich nicht allein der Vorstellung von Marx, sondern der von den Kommunarden selbstständig etablierten Struktur. Gleichzeitig sah Marx ein Manko: nämlich das Fehlen einer Gesamtstrategie in der Enteignungsfrage vor allem der Banken, deren sich die Versailler noch bedienen konnten. Also hat Marx die Rolle gewisser zentraler Machtstrukturen und von Gesamtverwaltungsaufgaben nicht unterschätzt. Aber wenn das gesellschaftliche Eigentum an den Mitteln der Produktion einmal etabliert ist, was ich mir anders als auch durch Gewaltanwendung aufgrund des heftigen Widerstandes der Besitzenden (durch Enteignung und Brechung der militärischen Macht des Großkapitals und des Großgrundbesitzes) gar nicht vorstellen kann, dann wäre eine Hinwendung zu genossenschaftlichen Strukturen mit autonomer und auch demokratischer Wirkungsweise gewiss der richtige Weg.

3.) Und damit komme ich zu einem weiteren Problem der Marxschen Position und speziell seiner Ökonomie und seiner Vorstellung einer Zukunftsgestaltung: Marx hat die Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher Ausgaben als einen Teil des Mehrproduktes bzw. Mehrwertes über das Steuersystem schon in der bürgerlichen Gesellschaft in seiner Darstellung von Mehrwert- und Profitrate doch gar nicht geleugnet. Sie behaupten, dass der von Marx erwähnte Steuern- und Abgabenteil des Mehrwertes (also der Teil, den der Unternehmer von seinem Mehrwert- bzw. Profitanteil an Steuern weitergeben muss) „ausschließlich für Unterdrückungsmaßnahmen“ des Staates bei Marx unterstellt sei und dass Marx den „notwendigen Teil des Produkts des Lohnarbeiters für Gemeinschaftsaufgaben unter den Tisch fallen“ ließ. (S. 35) Sie zitieren selbst Marx: „Wir sehen also *einstweilen* davon ab, daß

dieser Mehrwert einerseits sich spaltet in verschiedene Unterformen: Kapitalzins, Grundrente, Steuern etc. ...“ (Bd. 25, S. 59). (Kursive Hervorhebung von mir)

Zunächst: Wie kommen Sie darauf, dass Marx die doch evidenten Gemeinschaft erhaltenden oder fördernden Aufgaben auch des bürgerlichen Staates damals nicht sah, sondern nur die Unterdrückungsfunktionen? Und das in einer Phase der bürgerlichen Gesellschaft, wo (außer in den USA) solche Einrichtungen wie Verkehrsmittel und Post staatliche, noch nicht privatisierte waren, wie die Tendenz [4] heute leider ist (plus Börsengang!)? (Freilich waren Verkehrsmittel und Nachrichtenmittel auch aus militärischen Gründen von den europäischen Staaten eingerichtet und blieben auch in Hand der Staaten; die Staaten brauchten Verfügungsgewalt über Nachrichten- und Verkehrssysteme auch im Kriegsfall, aber eben normaler Weise auch für Reise- und Handels- und kommunikative Zwecke für die Bevölkerung!)

Marx und Engels schlugen freilich für die erste Phase einer revolutionären Umwälzung durch die Arbeiterrevolution u. a. eine starke Zentralisierung in der Hand der neuen Macht, so u. a. bezüglich der Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben, ausschließliches Monopol der Nationalbank als Staatsbank mit Staatskapital, Zentralisierung allen Transportwesens, öffentliche und unentgeltlich Erziehung aller Kinder ... (es sind 10 solche als notwendig erachtete erste Maßregeln im „Kommunistischen Manifest“ aufgezählt, Bd. 4, S. 481 f. – siehe auch „Kritik des Gothaer Programms“). Es ist doch wohl eindeutig, dass ohne eine Einsicht in gewisse schon vorliegende Bedingungen und in gewisse Vorleistungen der Strukturen des bürgerlichen Staates solche Zukunftsvorstellungen nicht für diese erste Phase zu entwickeln wären.

Jedoch außer bei Produktionsbetrieben in Staatshand fällt bei historischer Tatsache des privaten Eigentums an den Mitteln der Produktion tatsächlich fast alles erarbeitete Mehrprodukt zunächst an den Kapitalisten und weitgehend in dessen Verfügungsgewalt. (Freilich muss er dann davon auch Steuern zahlen.) Jedoch selbst sein konstantes Kapital (die in seinem Besitz befindlichen Mittel der Produktion) und den „vorgeschossenen“ Lohn betrachtet der Unternehmer zunächst als sein rechtmäßiges Eigentum (er besitzt scheinbar zu Recht Grund und Boden, Fabriken, Geldreserven zur Entlohnung etc., und er besitzt sogar die Arbeitsplätze bzw. „schafft“ sie: als „Arbeitgeber“ des „Arbeitnehmers“, eine kuriose Verdrehung, wenn man bedenkt, dass eigentlich der Arbeiter seine Arbeitskraft „gibt“ (verkauft), und der Unternehmer sie „nimmt“ (für seine Zwecke benutzt).

Und auf die Aufdeckung solcher Verkehren kam es Marx an, denn der oben von Ihnen zitierte Satz über die einstweilige Abstraktion vom Gesichtspunkt der Aufspaltung des Mehrwertes (Bd. 25, S. 59 f.) von Marx lautet weiter: „... und daß er (nämlich der Mehrwert, – M. T.) andererseits in der Mehrzahl der Fälle sich keineswegs deckt mit dem Profit, wie er angeeignet wird kraft der allgemeinen Durchschnittsprofitrate ...“ Er benennt vorher, wie Sie selbst aus dem obigen Zitat ableiten, die Aufspaltungen des Mehrwertes, der sich in Kapitalzins, Rente, Steuern, oder, eine später untersuchte Aufspaltung, in „Zins und Unternehmergewinn“ (siehe Bd. 25, Kapitel 23, Bd. III des „Kapital“) unterteilt. Neben den Reproduktionskosten für das eingesetzte constante und variable Kapitel wird der Mehrwert (als Ausdrucksform des Mehrproduktes) natürlich immer in aufgespaltener Form existieren und eingesetzt, wobei es Marx' in diesem Zusammenhang darauf ankam, die Verschleierung des Umstandes u. a. bei der Kostpreisbestimmung zu entlarven, als entspringe der Mehrwert natürlicher Weise aus $c + v$, anstatt wie in Wirklichkeit ausschließlich aus der Anwendung des v -Kapitals, nämlich der sich dahinter verbergenden lebendigen Arbeit (Arbeitskraft). Die Mehrwertrate misst sich daher auch ausschließlich am v -Kapital, die Profitrate am Gesamtkapital (Bd. 25, S. 53), da hier der am Gesamtkapital gemessene Überschuss in Preisform messbar wird, also erst in der Zirkulationssphäre als Überschuss beim Verkauf der Waren überhaupt erscheint. Die Profitform ist die äußerliche, den wahren Zusammenhang verdeckende Erscheinungsform etc. Aber [5] auf der Grundlage des privaten Besitzes der c - und v -Kapitalien wird ja tatsächlich zunächst das gesamte Mehrprodukt als gerechtfertigtes Eigentum des Kapitalisten betrachtet.

Ich wiederhole: Dass aber gleichzeitig durch ein staatliches Abgabensystem (Steuern) ein Teil des Mehrproduktes nachträglich in „gesamtgemeinschaftliche Hand“ des Staates für gemeinschaftliche

Aufgaben zum Erhalt der Gesamtgesellschaft gerät, und zwar zwingend, ist doch von Marx gar nicht geleugnet oder übersehen worden! Hier ging es ihm ausschließlich um den Widerspruch zwischen einer im Wesen gesellschaftlichen Produktion einerseits durch die Arbeiter bzw. Lohnempfänger und Angestellten und eine private Aneignung des gesamten Mehrproduktes in Profitform. (Ich zähle hier auch die unmittelbare Organisation der Produktion, also nicht nur die Verausgabung physischer, sondern auch intellektueller Kraft – beides als Einheit zu sehen – zur produktiven, d. h. nicht nur reproduzierenden, sondern gleichzeitig Mehrprodukt schaffenden Arbeit. So verstand das auch Marx.)

Wie der Kapitalist den für sich beibehaltenen Teil des Mehrproduktes aufteilt (in Investitionen, Privatvermögen, Spenden etc.) und wie der Mehrwert sich weiter im Zusammenwirken der gesellschaftlichen Ebenen (vor allen Steuern für den Staat) aufspaltet, davon abstrahiert Marx hier eben nur *einstweilig*.

Die Profitrate in ihrem Schwanken um die (im Vorgang verborgene wesentliche) Mehrwertrate zeigt allerdings offenkundiger den Ausbeutungsgrad an, nämlich in der Erscheinungsform des Geldes (z. B. die erzielten Millionen an Überschuss bzw. Gewinn im Vergleich zum aufgewendeten c- und v-Kapital)) und damit das sichtbare Ausmaß privater Aneignung. In dieser Passage betont Marx ja auch nicht ohne Grund die Einstweiligkeit seiner Abstraktion. – Leider hat ja Marx sein geplantes Gesamtwerk, welches auch die Analyse des Staates beinhalten sollte, nicht vollenden können, aber seine vielfältigen publizistischen Werke zeigen, dass er die bisherigen Staaten nicht auf die Ausbeuterschutzfunktion reduzierte, – wenn auch die Analyse der Klassenfunktion des Staatswesens im Vordergrund stand (– war die Entdeckung und klare Ableitung dieser Funktion doch seine bzw. auch Engels' eigenständige Leistung!). Dass Marx das Staatswesen der Klassengesellschaften, insbesondere den mit den bürgerlichen Umwälzungen etablierten Staat nur pejorativ werte, ist ein oft zu lesender Vorwurf, der aber nicht haltbar ist. Schon in seiner frühen Kritik an Hegel (Kritik des Hegelschen Staatsrechts 1843) hat Marx die Hegelsche Idee des Staats als Organismus hoch geschätzt, und in seinem Artikel „Zur Judenfrage“ (1844) bei aller Kritik an den Bürger- und Menschenrechtserklärungen den „modernen“, nämlich bürgerlichen Staat (in Frankreich und USA) als Fortschritt gesehen, wenn auch nicht als Nonplusultra, wie es noch heute und gerade heute im Verständnis der politischen und ideologisierenden Kaste vertreten wird.

Problematisch ist für mich auch Ihre Behauptung, dass Marx eine Preisbildung ohne Mehrwert bzw. Gewinn (Non-Profit-Preisbildung) für ein Übel hielt. Der Preis ist ausschließlich das Äquivalent für den Tauschwert eines Produktes, so wie der Preis der Ware Arbeitskraft, der Lohn, das Äquivalent für die Reproduktionskosten der Arbeitskraft in Marx' Verständnis ist. Diese Reproduktionskosten sind natürlich entsprechend der Qualifizierung des Arbeiters (oder Angestellten oder auch des beschäftigten Intellektuellen) unterschiedlich, und so entsteht der *Schein, als ob Leistung durch Beteiligung am Profit* (genauer: am Mehrprodukt) vergütet würde. Jedoch die sich im Mehrprodukt ausdrückende Leistung wird eben im Allgemeinen nicht nach diesem Maß des Anteils am [6] Mehrprodukt vergütet, sondern es wird der in der Ausbildung der Arbeitskraft betriebene Aufwand an Qualifizierung und der weitere Erhalt dieser Qualifikation durch Reproduktion und Erweiterung der Fähigkeiten „belohnt“, d. h. im Lohn oder Gehalt ausgedrückt. Insofern ist das gesamte Lohnsystem im Kapitalismus auf „Non-Profit“ aufgebaut, und das wußte Marx. Ebenso wußte er auch, dass es den Fall geben kann, dass ein Unternehmen „Non-Profit“ macht, d. h. die Reproduktionskosten nur gedeckt oder nicht einmal vollständig zurückerhält, wenn die Waren unter ihrem Wert im Konkurrenzkampf verschleudert werden müssen, – was natürlich solche Unternehmen auf die Dauer zum Bankrott führt.

4.) Dass das erarbeitete Mehrprodukt natürlich in keiner Gesellschaft „verkürzt“ (als Profit im Kapitalismus oder auch in einer neuartigen Gesellschaft als „verkürzter Arbeitsertrag“ – Lassallianische Position) an die Individuen verteilt werden kann, – dass zeigen Sie ja a) in Anknüpfung an Marx' „Kritik des Gothaer Programms“ und b) in Ihrem Vorschlag einer „Globalzuteilung“. Aber Ihre Vorstellungen von der Globalzuteilung und von den Motiven und Maßstäben der Produktion einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Geldzirkulation weiterhin ein wichtiges Vehikel der Wirtschaft sein soll und in der man sich auf Grund von Marktforschung auf die Befriedigung der Bedürfnisse der

Bevölkerung orientiert, statt auf Profit für wenige, – diese Vorstellungen lassen bei mir doch einige wichtige Fragen offen.

Erstens: Wird es sich in Zukunft um verhältnismäßig autarke Volkswirtschaften handeln, oder nicht vielmehr um globalisierte Prozesse, die keineswegs so einfach durch eine „Globalzuteilung“ zu regeln sind? Sollte eine bessere, humanere Gesellschaft möglich sein, so entsteht sie ja unter dem Druck vor allem auch *ökologischer* Desaster und eines notwendigen weltweiten Angleichs des Lebensniveaus der Völker. Gleichzeitig wird ein sorgfältiger Umgang mit den Ressourcen dieses Planeten endlich nötig sein, worauf Sie ja selbst hinweisen. (Siehe S. 113, S. 123 f)). Damit wird aber als ein Grundmotiv der Produktion ihre ständige Wachstumssteigerung auf der Grundlage der *vorhandenen* Bedürfnisstruktur der „Wohlstandsländer“ und ihrer marktwirtschaftlichen Selbstregulierungsprozesse höchst fragwürdig und letztlich zerstörerisch für die Lebensgrundlage auf unserer Erde. Zerstörerisch übrigens auch für das moralische Niveau der Menschen in Hinblick z. B. auf Förderung von Egoismus, unbeschreiblich grausamen Umgang mit „Nutztieren“, Verschwendung von Nahrungsmittel etc. (siehe neuerdings den Dokumentarfilm von Erwin Wagenhofer „We feed the World“), wenn man auf dem bisherigen Niveau der Nachfrage in den wirtschaftlich starken Ländern weiter produzieren will! Die Produktion in einer solchen Gesellschaft muss zwar die wichtigen materiellen und kulturellen Bedürfnisse befriedigen können, darf aber einer vorhandenen Bedürfnisstruktur nicht hinterher eilen, sondern muss sie sinnvoll gestalten helfen. Sie aber betonen mehrfach in Ihrer Darstellung, dass „die Befriedigung der Nachfrage und damit der Kundenwünsche“ das zweite Grundziel der sozialistischen Produktion“ sei (S. 57, – auch S. 7: Das Profitziel sei durch Befriedigung der zahlungsfähigen Nachfrage zu ersetzen, – daher komme es auf möglichst genaue Marktforschung an etc.).

Der so wichtige Marxsche Gedanke einer Reduzierung der individuellen Arbeitszeit aufgrund technologischer Neuerungen, – aber zugleich einer weiteren qualifizierten beruflichen Vollbeschäftigung aller Menschen mit gleichzeitigen niveauvollen Freizeitgestaltungsmöglichkeiten wäre für meine Begriffe eine der größten Errungenschaften einer solchen neuen Gesellschaft, aber auch eine große [7] Herausforderung für die Entwicklung von Kultur und Moral. Es würden und müssten sich die Kriterien für gesellschaftliche Entwicklung und damit die Bedürfnisstruktur und die „Natur“ der Menschen progressiv wandeln, – das ist sicher das schwierigste Problem.

Nebenbei: Wieso gibt es denn nach Ihrer Meinung in einer sozialistischen Gesellschaft (als erste Phase einer neuen Gesellschaft) keinen Warenaustausch, wenn Warenzirkulation vermittels Geld nach wie vor existiert? Sie reden selbst von dem Staat zunächst zufallenden Gesamteinnahmen aus Produktionsverkäufen, um das Steuersystem überflüssig zu machen etc. (S. 48). In jeder arbeitsteiligen Gesellschaft wird es (allgemein gesagt) Produktaustausch geben müsse: als Austausch von Gebrauchswerten (so in der Produktion); – hier und vor allem auch im Konsumtionsbereich der Lebensmittel (im umfassenden Sinne gemeint) könnte vielleicht auch in späteren Zeiten *unmittelbar* durch eine „vernünftige“ Bedürfnisstruktur auf einen Fond von Gebrauchswerten zurückgegriffen werden. Aber so lange dies vermittels Geld, also Preisbestimmung geschieht, ist dies doch Warenaustausch. Eine Gesellschaft, welche die Gebrauchswerte unmittelbar verteilt, ist theoretische denkbar („Jeder nach seinen Bedürfnissen“, Kritik des Gothaer Programmes), aber es wäre eine Gesellschaft absolut vernünftiger, von keinem Egoismus getriebener Menschen. Wahrscheinlicher ist es wohl, dass auch viel später noch ein allgemeines Maß, eine Äquivalentform vermitteln muss, sowohl im Austausch der Produkte für die Produktionsebene, als auch über ein „Lohnsystem“ im Konsumtionsbereich. (Geld versteht Marx übrigens ausschließlich in seiner modernen Form als Äquivalentmittel, als Ausdruck eines Preises, somit als Ausdruck für den Tauschwert, wie er im Vorgang von Angebot und Nachfrage um den Wert der Produkte schwankt, – nicht aber als eigenständigen „Geldwert“ (S. 117), d. h. Eigenwert des Geldes als Zahlungsmittel, – es sei denn, es handelt sich um Edelmetalle oder andere historisch längst überholte Maße durch Sachwerte wie Vieh z. B., die zwar einen Eigenwert haben, aber in dieser Funktion als Äquivalent auch nur der Preisausdruck für etwas anderes, die Ware, sind.)

Zweitens: Mir ist nicht deutlich geworden, nach welchen Kriterien die Globalzuteilung an Investitionsgeldern und an Löhnen erfolgen sollte. Was die Investitionen für eine erweiterte oder ausgleichende

Produktion der Genossenschaftsbetriebe betrifft, die ohne Vorgaben der Gebrauchswerte, die zu produzieren sind, erfolgen soll, so dass die Bestimmung der Produktpalette den Betrieben auf der Grundlage von Marktforschung überlassen wird, so scheint mir dies einerseits zwar eine vernünftige Seite zu haben (Anreiz zu selbständigen Entscheidungen der Produktionskollektive), – aber es würde auch eine *rigorose* Durchführung dieses Prinzips aus den schon erwähnten Gründen des Festschreibens einer Bedürfnisstruktur, aber auch wegen der Schwierigkeit einer zentralen Festlegung des Umfanges solcher Investitionsgelder schwierig, ja unmöglich sein.

Auch die Festlegung der Löhne für die ganz unterschiedlichen Berufe wird in Ihrem Modell als eine zentrale Aufgabe angesehen, abgesehen vom Anteil der Genossenschaftsmitglieder am Mehrprodukt bei geschickter Wirtschaft ihres Betriebes. Aber wenn aller Wertertrag aus dem Verkauf der Waren nach Ihrer Meinung zunächst dem Staat für die globale Zuteilung zufällt, so ist letztlich auch *nur* der Staat der Zuteiler einer Art Prämie, denn er bestimmt ja dann deren Höhe, wenn alle Erträge zunächst im Staatstopf landen.

Und weiterhin: Wie soll der Staat denn die Löhne bzw. die Gesamtsumme für Löhne im Globalverteilungssystem fixieren? Sie haben ja Recht damit, dass die [8] Arbeitszettel-Hypothese von Marx und somit das reine Zeitmaß als Maß der Leistung nicht tauglich sind, und auch damit haben Sie sicher Recht, dass im Sozialismus des 20. Jahrhunderts die Löhne noch weitgehend traditionell festgelegt wurden, was trotz der These „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ bedeutete, dass dies nur für die in gleichen Berufen und Stellungen Tätigen galt, aber z. B. nicht verhindern konnte, dass traditionelle Frauenberufe einer traditionell schlechterer Bezahlung ausgesetzt waren. In eine sozialistische Lohnbestimmung, solange sie noch wegen der Geldzirkulation und dem Niveau der Produktion global notwendig sein würde, fließen sicher so viele Faktoren ein, dass wir heute dafür und auch überhaupt für die Gestaltung einer neuen Gesellschaft in all ihren Sphären (man denke an zunehmende Freizeitgestaltungsmöglichkeiten!) keine Rezepte entwickeln können.

Leider ist es ja überhaupt nach dem Scheitern der „sozialistischen Experimente“ überhaupt fraglich geworden, ob es erneut eine Chance für eine humanere Gesellschaftsordnung geben wird. Ich halte es für bedrückend und zugleich für ein erstaunliches Phänomen, dass die Masse der Menschen sich einer relativ kleinen Kaste von Wirtschaftsbossen und Politikern derart ausliefert und deren Wirken nicht durchschaut. Sicher gibt es auch Vernunft in dieser Menschenwelt, aber sie kann sich nur unglaublich schwer Gehör verschaffen.

Dass Sie den Mut haben, die Stimme der Vernunft mit Ihren theoretischen Möglichkeiten zu erheben, ist in meinen Augen sehr ehrenhaft und verdient zumindest eine weitere Diskussion der von Ihnen aufgeworfenen Probleme.

Damit will ich schließen. Leider mußte ich die Beschäftigung mit Ihrer Ausarbeitung und das Schreiben dieses Briefes mehrfach unterbrechen (u. a. wegen des Besuchs eines Teiles der Familie bei uns in den Ostertagen); deshalb der späte Termin der Absendung (am 2. Mai).

Mit freundlichen Grüßen Schwarz,

im April 2006